

Die Linke

Landesverband
Saar

Antragsheft

1. Tagung des Landes Ausschusses 2025
03.12.2025 Tagungsraum Robinsondorf
Neunkirchen

3 Antragsheft

4 I. Tagung des Landesausschusses 2025 – 3. Dezember 2025 Tagungsraum 5 Robinsondorf Neunkirchen 6

7 Inhaltsverzeichnis:

Antrag	Antragskategorie	Titel	Antragsstellend
A1 – S.3	Überwiesener Antrag	Für eine Neuregelung der Mandatsträgerabgabe – Linke Mandate sind eine soziale Verpflichtung!	KV Saarbrücken
C9 – S.7	Überwiesener Antrag	Jugendhilfe in den Schulen endlich ausbauen und besser vernetzen!	Linksjugend [` solid] Saar
E1 – S.8	Ersetzungsantrag	Jugendhilfe in den Schulen endlich ausbauen und besser vernetzen!	Landesvorstand
C13 – S.10	Überwiesener Antrag	Wer nicht ausbildet wird umgelegt - Gute Ausbildung für alle ermöglichen!	Linksjugend [` solid] Saar
E2 – S.11	Ersetzungsantrag	Wer nicht ausbildet wird umgelegt - Gute Ausbildung für alle ermöglichen!	Landesvorstand
C14 – S.13	Überwiesener Antrag	Gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland endlich ermöglichen!	Linksjugend [` solid] Saar

E3 – S.15	Ersetzungsantrag	Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland endlich ermöglichen!	Landesvorstand
-----------	------------------	---	----------------

8

9

10

11 **Überwiesen an den Landesauschuss:**

12 **Änderungsantrag zu**

13 **Anträge der Linksjugend [` solid] Saar für den Landesparteitag DIE LINKE**

14 **SAARLAND 2025**

15 **A. Inhaltliche Anträge**

16 **Antragsnummer: 1**

17 **Antragstitel: Für eine Neuregelung der Mandatsträgerabgabe – Linke Mandate sind**

18 **eine soziale Verpflichtung!**

19 **Antragsteller: KV Saarbrücken**

20 **Der Landesparteitag beschließt:**

21 • Diäten von Politiker*innen müssen sich an einem durchschnittlichen Lohnniveau
22 orientieren.

23 • Die Linke Saarland geht mit gutem Beispiel voran: Ab sofort sind
24 Mandatsträger*innen, die für unseren Landesverband im Bundestag oder im Landtag
25 sitzen, verpflichtet, nur den Teil ihrer Bezüge privat zu verwenden, der dem Netto
26 vom mittleren Einkommen (Median-Einkommen) entspricht (bei einer Einzelperson
27 wären dies derzeit ca. 2800 Euro/ Monat). Pensionsansprüche und ggf.

28 Übergangsgelder sind davon unberührt.

29 • Der darüber liegende Betrag soll neben den satzungsgemäßen

30 Mandatsträgerabgaben maßgeblich für einen Hilfsfond des Landesverbandes „Die
31 Linke hilft“ für Menschen in sozialer Not verwendet werden. Auch Zuwendungen für
32 Organisationen, die den Zielen der Partei Die Linke nahestehen (z.B. Die Tafel, Pro
33 Asyl), werden als Abgaben anerkannt.

34 • Nebeneinkünfte und Kapitalerträge von linken Mandatsträger*innen im Bundes- oder
35 Landtag werden ab dem ersten Euro auf der Homepage der Landespartei transparent
36 gemacht.

37 • Darüber hinaus legen die Mandatsträger*innen transparent auf ihrer Homepage oder
38 der Homepage des Landesverbandes dar, welche Mitarbeitende sie aus den ihnen
39 über ihr Mandat zur Verfügung stehenden Personalmitteln beschäftigen. Auch
40 Beschäftigungsverhältnisse auf Minijob-Basis sind offen zu legen.

41 • Bei der Aufstellung der Wahllisten zu Bundestag und Landtag verpflichten sich
42 Kandidierende verbindlich zur Einhaltung dieses Beschlusses.

43 • Der Beschluss ist vom Landesvorstand durch eine Mehrbedarfsregelung zu ergänzen
44 beispielsweise für Menschen, die Sorgearbeit für andere leisten, oder die durch
45 gesundheitliche Einschränkungen überdurchschnittlich finanziell belastet sind. Die
46 Regelung muss so ausgestaltet sein, dass niemand in eine öffentliche Bittsteller-
47 Position gedrängt wird.

48 • Der Landesvorstand überwacht die Einhaltung dieses Beschlusses und erstattet dem
49 Landesparteitag regelmäßig über dessen Einhaltung Bericht.

50

51 **Begründung:**

52 In der öffentlichen Wahrnehmung gerät die parlamentarische Demokratie immer weiter
53 in Verruf, weil Menschen das Gefühl haben, dass Politiker*innen immer mehr die
54 Bodenhaftung verlieren und sich den Interessen von Kapital und Großkonzernen näher
55 fühlen als der Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Bevölkerung. Auch Die Linke als

Partei, die mit ihrem Image als „Kümmererpartei“ der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist, sieht sich nicht davor gefeit, dass einzelnen Personen Parlamentsmandate ausnutzen, um sich persönlich zu bereichern. Auch besteht wie in allen Parteien die Gefahr, dass Mandatsträger*innen die ihnen zur Verfügung stehenden Privilegien und Ressourcen in erster Linie für den Ausbau der eigenen Machtbasis verwenden und nicht im Sinne der Partei oder dem Wohle der Allgemeinheit. Um hier als Die Linke glaubwürdig aufzutreten, sollten wir deutlich machen, dass wir Privilegien für Politiker*innen ablehnen und uns für die Bodenhaftung von Politik einsetzen, damit die Menschen das Gefühl bekommen, dass ihnen und nicht den persönlichen Interessen Einzelner und ihren Freund*innen in einflussreichen Positionen in Politik und Wirtschaft gedient wird. Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass der Großteil der Menschen, die sich für Die Linke und ihre politischen Ziele im Einsatz sind, sich der Verantwortung eines Mandates bewusst sind und die damit einhergehenden Privilegien kritisch reflektieren. Insbesondere in der Bundestagsfraktion haben daher bereits viele Abgeordnete erklärt, ihre Bezüge auf das durchschnittliche Jahresnetto-Einkommen zu begrenzen. Auch dürfte der Großteil der Abgeordneten bereits heute großzügig an soziale und linke Organisationen spenden. Bisher gibt es aber keinen Beschluss auf Bundesebene, dies für Die Linke als Partei zu generalisieren. Gerade im Saarland mit einer vergleichsweise unterdurchschnittlichen Einkommensstruktur macht es aber im Hinblick auf die Außenwirkung Sinn, die Mandatsbezüge per Beschluss auf ein mittleres Einkommen zu begrenzen. Hierbei bietet sich das Median-Einkommen an, da dieses jährlich aktualisiert vom statistischen Bundesamt nachprüfbar ausgewiesen wird. Für das Jahr 2024 lag dieses bei einem Jahreseinkommen von 52.159 € brutto, was für eine Einzelperson (Steuerklasse I) einem monatlichen Netto von 2.808 € entspricht. Allerdings spricht sich Die Linke als Partei auch für ein gutes Leben für Alle aus! Was für einzelne Personen in durchschnittlich oder überdurchschnittlich privilegierten Lebensverhältnissen zu einem guten Leben reicht, kann unter anderen Bedingungen prekär sein; so sind insbesondere Personen, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen haben oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko ausgesetzt. Hier muss auch berücksichtigt werden, dass eventuelle Unterstützungsleistungen wie Kinderzuschlag, BaFöG oder Wohngeld beim Bezug eines Abgeordnetengehalts vom Staat gestrichen würden, auch wenn ein Großteil der Bezüge abgeführt wird. Daher soll der Landesvorstand eine Regelung ausarbeiten, die es verhindert, dass Menschen durch diesen Beschluss aufgrund ihrer Lebenssituation von

91 einer Mandatsausübung für Die Linke ausgeschlossen werden. Diese Regelung muss
92 sicherstellen, dass sich niemand für seine Lebenssituation (partei)öffentlich
93 rechtfertigen muss, da Die Linke anderweitig Systematiken ablehnt, in denen Menschen
94 in prekären Verhältnissen zu Bittstellern gemacht werden.

95 Die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse bedingt auch, dass es für einige eine
96 größere Zumutung ist, Bezüge abzugeben als für andere; z.B. wenn es weitere
97 Nebeneinkünfte oder Kapitalerträge neben dem Abgeordnetenmandat gibt. Daher sind
98 diese Einkünfte im Sinne der innerparteilichen Demokratie offen zu legen. Auch soll
99 Transparenz bezüglich der Beschäftigungsverhältnisse hergestellt wird. Die Möglichkeit,
100 Personal zu beschäftigen, ist ein Privileg für Mandatsträger*innen, das nach außen hin
101 oft nicht gesehen wird. Gleichzeitig bringt es das Parteisystem strukturell mit sich, dass
102 dieses Privileg anfällig für Machtmissbrauch ist.

103 Zusammengefasst soll der vorliegende Änderungsantrag somit drei Ziele klar und
104 unmissverständlich herausarbeiten:

105 1. Die innerparteiliche Demokratie wird gestärkt. Denn: Transparente und begrenzte
106 Einkünfte von Mandatsträger*innen erschweren den Missbrauch von Privilegien.

107 2. Die Glaubhaftigkeit der Linken nach außen wird gestärkt. Denn: Linke Politiker*innen
108 sind nicht abgehoben vom Durchschnitt der Bevölkerung; auch nicht in ihren
109 Gehältern.

110 3. Die Partei kann effektiv Menschen in Not unterstützen. Denn: Mit dem Geld aus den
111 Abgaben wird der Unterstützungsfonds „Die Linke hilft“ aufgebaut.

119 **Überwiesen an den Landesausschuss:**

120 **2. Tagung des Landesparteitages 28. September 2025**

121 **C. Allgemeine Anträge**

122 **C.9 Jugendhilfe in den Schulen endlich ausbauen und besser vernetzen!**

123 **Antragsstellend: Linksjugend [`solid] Saarland**

124 **Der Landesparteitag der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

125

126 • Aufgrund der gestiegenen Anforderungen in den schulischen
127 Bildungseinrichtungen fordern wir eine bessere Vernetzung, zwischen
128 Schule, dem Jugendamt und den Trägern der Jugendhilfe. Dafür muss auch
129 eine mit Stellen ausgestattete Koordinationsstelle eingerichtet werden.

130

131 • Außerdem fordern wir eine deutliche Erhöhung der Vollzeitplanstellen für
132 Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen und eine allgemeine spürbare
133 Anhebung der Löhne im Erziehungsbereich.

134

135 **Begründung:**

136 Erfolgt mündlich

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147 **Tagung des Landesausschusses 03.Dezember 2025**

148 **E. Ersetzungsanträge**

149 **E.1 zu C.9 Jugendhilfe in den Schulen endlich ausbauen und besser vernetzen!**

150 **Antragsstellend: Landesvorstand Die Linke Saarland**

151 **Neuer Titel: Kein neuer Titel**

152 **Der Landesausschuss der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

153 Vernetzung von Schule, Jugendamt und Jugendhilfe verbessern:

- 154 • Wir fordern die Einrichtung einer mit Fachpersonal ausgestatteten
155 Koordinationsstelle, die die bereits bestehenden Strukturen und Kooperationen
156 zwischen Schulen, Jugendämtern und Trägern der Jugendhilfe im Saarland
157 bündelt, abstimmt und weiterentwickelt.
- 158 • Diese Stelle soll keine Doppelarbeit zu den Jugendämtern leisten, sondern dort
159 unterstützen, wo übergreifende Abstimmung und langfristige strategische
160 Planung erforderlich sind – etwa an den Übergängen von Kita zu Schule oder
161 Schule zu Jugendhilfe.
- 162 • Ziel ist es, bestehende „runde Tische“ und Kooperationen zu stärken und
163 systematisch zu vernetzen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und die
164 Zusammenarbeit landesweit auf einheitlich hohes Niveau zu bringen.

165 Mehr Fachkräfte und bessere Arbeitsbedingungen im pädagogischen Bereich:

- 166 • Wir fordern eine gezielte Erhöhung der vollzeitlichen Planstellen für
167 Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen – insbesondere in den Kitas, in der
168 Ganztagsbetreuung und an den Schnittstellen zwischen Schule und Jugendhilfe.
169 Damit soll die hohe Teilzeitquote im Saarland reduziert und der
170 Fachkräftemangel aktiv bekämpft werden.
- 171 • Gleichzeitig müssen die Arbeits- und Vergütungsbedingungen deutlich
172 verbessert werden. Im Rahmen der bestehenden Tarifverträge sollen die Träger
173 (Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände) gemeinsam mit dem Land daran
174 arbeiten, die pädagogischen Berufe attraktiver zu machen – etwa durch bessere
175 Personalschlüssel, Entlastungszeiten und faire Bezahlung.
- 176 • Nur mit ausreichend und gut ausgestatteten Fachkräften kann der Anspruch auf
177 gute Bildung und verlässliche Betreuung im Saarland langfristig gesichert
178 werden.

179

180 **Begründung:**

181 Erfolgt mündlich

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205 **Überwiesen an den Landesausschuss:**

206 **2. Tagung des Landesparteitages 28. September 2025**

207 **C. Allgemeine Anträge**

208 **C.13 Wer nicht ausbildet wird umgelegt - Gute Ausbildung für alle ermöglichen!**

209 **Antragsstellend: Linksjugend [` solid] Saarland**

210 **Der Landesparteitag der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

211

- 212 ● Wir fordern die Einrichtung eines umlagefinanzierten Zukunftsfonds nach dem
213 Bremer Modell, um eine Ausbildungsgarantie zu gewährleisten.
- 214 ● Wir setzen uns für die Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf 1400 Euro
215 im Monat ein, um Auszubildenden wenigstens zu ermöglichen, von ihrem
216 Ausbildungsgehalt leben zu können. Für Unternehmen, die diese Summen
217 nachweislich nicht aufbringen können, sollen Mittel aus dem Zukunftsfond bereit
218 gestellt werden können.
- 219 ● Wir brauchen in allen Betrieben eine Mindestausbildungsquote von zehn Prozent
220 der gesamten Arbeitsplätze in dem jeweiligen Betrieb, einen gesetzlichen
221 Anspruch auf einen Ausbildungsplatz und eine garantierte, unbefristete
222 Übernahme per Gesetz nach dem Bestehen der Ausbildung. Für die
223 Unternehmen, die nicht ausbilden, wollen wir eine Ausbildungsumlage
224 einführen, um damit das Recht auf Ausbildung zu finanzieren.

225 **Begründung:**

226 Erfolgt mündlich.

227

228

229

230

231

232

233

234 **Tagung des Landesausschusses 03.Dezember 2025**

235 **E. Ersetzungsanträge**

236 **E.2 zu C.13 Wer nicht ausbildet wird umgelegt - Gute Ausbildung für alle**
237 **ermöglichen!**

238 **Antragsstellend: Landesvorstand Die Linke Saarland**

239 **Neuer Titel: Kein neuer Titel**

240 **Der Landesausschuss der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

- 241 • Wir fordern die Einrichtung eines umlagefinanzierten Zukunftsfonds nach dem
242 Bremer Modell, um eine flächendeckende Ausbildungsgarantie zu
243 gewährleisten. Damit soll sichergestellt werden, dass jede*r Jugendliche im
244 Saarland und bundesweit einen Ausbildungsplatz erhält – unabhängig von der
245 wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebs.
246
- 247 • Wir setzen uns für eine Mindestausbildungsvergütung ein, die mindestens 80 %
248 der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung aller Branchen beträgt –
249 entsprechend der aktuellen Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes
250 (DGB). Für das Ausbildungsjahr 2025 entspricht dies rund 830 Euro brutto im
251 ersten Ausbildungsjahr. Unternehmen, die diese Vergütung nachweislich nicht
252 aufbringen können, sollen über Mittel aus dem Zukunftsfonds unterstützt
253 werden.
254
- 255 • Wir fordern in allen Betrieben eine Mindestausbildungsquote von zehn Prozent
256 der Gesamtbeschäftigten, einen gesetzlichen Anspruch auf einen
257 Ausbildungsplatz sowie eine gesetzlich garantierte, unbefristete Übernahme
258 nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung. Unternehmen, die nicht
259 ausbilden, sollen verpflichtend eine Ausbildungsumlage entrichten, um damit
260 das Recht auf Ausbildung solidarisch zu finanzieren.
261
- 262 • Berücksichtigung von Kleinunternehmen und Handwerksbetrieben: Für Betriebe
263 mit geringer Beschäftigtenzahl oder begrenzten finanziellen Kapazitäten sollen
264 reduzierte Umlagesätze oder Förderausnahmen gelten. Gleichzeitig soll ihnen
265 fachliche Beratung und Unterstützung bei der Ausbildung angeboten werden,
266 damit auch kleine Betriebe ausbilden können, ohne übermäßig belastet zu
267 werden, und Jugendliche weiterhin Zugang zu qualifizierten Ausbildungsplätzen
268 haben.
269

270 **Begründung:**
271 Erfolgt mündlich.

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

292

293

294

295

296 **Überwiesen an den Landesausschuss:**

297 **2. Tagung des Landesparteitages 28. September 2025**

298 **C. Allgemeine Anträge**

299 **C.14 Gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland endlich**
300 **ermöglichen!**

301 **Antragsstellend: Linksjugend [` solid] Saarland**

302 **Der Landesparteitag der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

303

304 DIE LINKE im Saarland fordert die umgehende Ersetzung des konfessionellen
305 Religionsunterrichts durch einen gemeinsamen Ethikunterricht für alle.

306 Begründung:

307 ● Die Forderung entspricht der Beschlusslage des Bundesverbandes der Partei DIE
308 LINKE und der anderen Landesverbände. DIE LINKE setzt sich für einen
309 laizistischen Staat und eine säkulare Gesellschaft ein. Dazu gehört die strikte
310 Trennung von Kirchen und Staat. Dazu gehört auch die Abschaffung des
311 konfessionellen Religionsunterrichts.

312 ● Eine kritische Religionslehre gehört unbedingt an saarländische Schulen. Sie
313 kann allerdings nur von einem nicht-konfessionellen Standpunkt aus
314 bestmöglich gewährleistet werden und ist Teil eines gemeinsamen
315 Ethikunterrichts.

316 ● Der konfessionelle Religionsunterricht ist ein Integrationshindernis, da durch ihn
317 v.a Schüler:innen mit Migrationsgeschichte oft vom Unterricht ausgeschlossen
318 sind. Zudem betont die konfessionelle Spaltung die Unterschiede der
319 Schüler:innen und nicht ihre Gemeinsamkeiten, welche in einem gemeinsamen
320 Ethikunterricht viel mehr zum Tragen kommen.

321 ● Schulunterricht soll Fakten und Erkenntnisse vermitteln. Im Religionsunterricht
322 werden Kindern und Jugendlichen allerdings in keiner Weise belegbare
323 Weltbilder z.B die Schöpfungsgeschichte anstatt der evolutionären Entwicklung
324 der Natur, beigebracht.

325 ● Ethische und moralische Werte, welche alle teilen sollen, sollten auch
326 gemeinsam im Unterricht behandelt und diskutiert werden.

327

328 Begründung:
329 Erfolgt mündlich

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

345

346

347

348

349

350

351

352

353

354 **Tagung des Landesausschusses 03.Dezember 2025**

355 **E. Ersetzungsanträge**

356 **E.3 zu C.14 Gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland**
357 **endlich ermöglichen!**

358 **Antragsstellend: Landesvorstand Die Linke Saarland**

359 **Neuer Titel: Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland endlich**
360 **ermöglichen!**

361 **Der Landesausschuss der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

- 362 • Die Linke Saarland fordert, dass an allen Schulen im Saarland ab der ersten
363 Klasse ein festes Angebot für Ethikunterricht eingeführt wird, als gleichwertige
364 Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht.
365
- 366 • Der Ethikunterricht soll allen Schüler:innen offenstehen, die sich gemeinsam mit
367 Fragen des Zusammenlebens, der Gerechtigkeit, Verantwortung und Solidarität
368 auseinandersetzen wollen, unabhängig von Religion oder Weltanschauung. Ziel
369 ist es, gegenseitigen Respekt, Empathie und kritisches Denken zu fördern.
370
- 371 • Gleichzeitig sollen zentrale Aspekte des Ethikunterrichts, etwa die Förderung von
372 Toleranz, Vielfalt und gemeinsamen Werten und wissenschaftlichen
373 Perspektiven darauf, auch stärker in den konfessionellen Religionsunterricht
374 einfließen.
375

376 **Begründung:**

377 Erfolgt mündlich.

378

379

380